



## Schwere Vorwürfe gegen ehemalige Pfleger in NÖ

**St. Pölten.** Die Staatsanwaltschaft St. Pölten hat „gegen mehrere ehemalige Pflegekräfte“ eines privaten Pflegeheimes im Bezirk St. Pölten ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es gehe um den Verdacht des Quälens oder Vernachlässigens wehrloser Personen, sagte Behördensprecherin Michaela Obenaus am Mittwoch. Die „ZiB2“ hatte am Dienstag über den Fall berichtet.

Der Verdacht war am vergangenen Freitag bekannt geworden und habe sich am Montag erhärtet, worauf Anzeige erstattet wurde. Vier inzwischen ehemalige Beschäftigte sollen pflegebedürftige Menschen beschimpft und grausam behandelt haben. Unter anderem sei einer Frau mit den begleitenden Worten, dass sie stinke, Haarspray ins Gesicht gesprüht worden, auch Kot soll in einen Mund gestopft worden sein.

### Ermittlungen am Anfang

Laut Behördensprecherin Obenaus wurde am Montag eine Sachverhaltsdarstellung der Leitung des Heimes an die Polizei übermittelt. Die Ermittlungen des Landeskriminalamtes stünden am Anfang. Mit ersten Ergebnissen werde kommende Woche gerechnet, sagte die Sprecherin.

Man sei über den Vorfall „schockiert“, sagte Christin Zwitnig, Sprecherin des Pflegeheimes am Mittwoch auf APA-Anfrage. Es gehe nun auch darum, das Vertrauen der Bewohner der Einrichtung und deren Angehörigen aufrechtzuerhalten. In dem Heim seien insgesamt 90 Personen in der Pflege tätig. Vier seien entlassen worden, bestätigte der Sprecher. Es gebe „triftige Gründe“, betonte Zwitnig. Eine Kollegin hätte vergangenen Freitagabend gegenüber einer Vorgesetzten einen Verdacht hinsichtlich Fehlverhaltens geäußert. Dieser hätte sich am Wochenende erhärtet.

Noch am Montag sei Anzeige erstattet und zudem seien Angehörige informiert worden, sagte Zwitnig. Mit dem Fall möchte man „transparent umgehen“. In dem Heim gibt es dem Sprecher zufolge 114 Betten. ■

# Graz – Klagenfurt in 45 Minuten

Staat nimmt für Ausbau der Südstrecke 12 Milliarden Euro in die Hand. Arbeiterkammer will Situation der Pendler in der Ostregion verbessern.

**Wien.** (ede/apa) Nach dem Ausbau der Weststrecke nimmt sich das Verkehrsministerium nun des lange wie ein Stiefkind behandelten Südens an. Rund 12 Milliarden Euro fließen bis zum Jahr 2022 in den Ausbau von Schiene und Straße, in Breitbandnetze sowie in Forschung und Entwicklung entlang der Südstrecke von Wien nach Kärnten.

### 7,3 Milliarden Euro für die Bahn

In die Modernisierung von 200 Kilometern Bahnlinie und in die Schaffung von 170 Kilometern neuer Linien im Süden Österreichs werden 7,3 Milliarden Euro gesteckt. Mit der Fertigstellung des 33 Kilometer langen Koralmtunnels und des 27 Kilometer langen Semmering-Basistunnels verkürzen sich ab 2022 die Fahrzeiten deutlich: So wird die Bahnfahrt von Graz nach Klagenfurt 45 Minuten dauern. Derzeit sind es drei Stunden mit der Bahn oder zwei Stunden per Bus. Die Reisedauer von Wien nach Klagenfurt wird

von vier Stunden auf zwei Stunden und 40 Minuten verkürzt. Weiters werden entlang des 53 Kilometer langen Abschnitts zwischen Graz und Bruck an der Mur bis zum Jahr 2023 acht Bahnhöfe und Haltestellen modernisiert.

Der Ausbau der Weststrecke habe große Effekte gezeigt, nun müsse dasselbe auch im Süden Österreichs geschehen, sagte Infrastrukturminister Jörg Leichtfried am Mittwoch bei der Präsentation des Investitionspakets und kündigte an: „Jetzt ist der Süden dran.“ Von den Investitionen profitieren 3,5 Millionen Menschen, die an der Südstrecke leben.

In das Autobahnen- und Schnellstraßennetz entlang der Südstrecke werden insgesamt über 2,5 Milliarden Euro gesteckt. Davon sind rund 900 Millionen Euro für Neubauten und 1,6 Milliarden Euro für Investitionen in die bestehende Straßeninfrastruktur vorgesehen. Für den Bereich der Tunnelsicherheit werden aus diesem Investitionsvolumen 500 Millionen Euro aufgewendet.

Rund ein Drittel der Breitbandmilliarde – 365 Millionen Euro – geht in den Ausbau der Internetverbindungen in über 500 Gemeinden entlang der Südstrecke. Weiters sollen bis zum Jahr 2022 rund 1,4 Milliarden Euro in die angewandte Forschung fließen. Neben dem Metallurgie-Cluster in der östlichen Obersteiermark soll auch der überregionale Mikroelektronik-Cluster „Silicon Alps“ zwischen der Steiermark und Kärnten gezielt gefördert werden.

Laut Christian Helmenstein, Vorstand des Wirtschaftsforschungsinstituts Economica, sichert das Investitionspaket über sieben Jahre 175.000 heimische Arbeitsplätze.

### AK sorgt sich um Pendler in der Ostregion

Während die Gedanken des Infrastrukturministers Richtung Süden streifen, sorgen sich die Arbeiterkammern von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland um die rund 60.000 Bahnpendlerinnen und -pendler in der Ostre-

gion. Der Fahrplanwechsel anlässlich der vollen Inbetriebnahme des Hauptbahnhofes Mitte Dezember 2015 habe sich nicht für alle Pendler positiv ausgewirkt. In einer Online-Umfrage der AK Wien, an der 2000 Personen teilnahmen, sagten 64 Prozent, das Zugangebot sei schlechter geworden. 56 Prozent gaben an, etwa aufgrund geänderter Abfahrtszeiten länger unterwegs zu sein als früher. Oft gebe es am späteren Abend keine Züge mehr, sodass man auf das Auto angewiesen sei, und manche Schnellbahnen seien so voll, dass es nur mehr Stehplätze gebe.

Zudem trat im heurigen Sommer beim Verkehrsverbund Ostregion (VOR) eine Tarifreform in Kraft. Seither fahren zwar viele Pendlerinnen und Pendler günstiger, einige zahlen aber deutlich mehr. Die Arbeiterkammern fordern daher Nachbesserungen bei der Tarifreform, ab 2020 rund 130 Züge pro Tag mehr für die Ostregion und zusätzliche Investitionen in neue Zugsgarnituren. ■

## Zum Arzt gehen und Geld bekommen

Die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft fördert Kindervorsorge mit 100 Euro jährlich. Diese ist laut Ärzten lückenhaft.

Von Petra Tempfer

**Wien.** Die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, an die die Höhe des Kinderbetreuungsgeldes gekoppelt ist, enden, sobald das Kind fünf Jahre alt ist. Danach kommt lange nichts mehr in Richtung Gesundheitsprävention. Die meisten gehen erst im Erwachsenenalter zu ihrer ersten Vorsorgeuntersuchung. Um diese Lücke zu schließen, weitet die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) ihr „Gesundheitshunderter“-Programm, das es für Erwachsene gibt, auf Kinder und Jugendliche aus.

Das bedeutet konkret, dass die Eltern all jener Kinder, die sich im Alter von sechs bis 17 Jahren einem Gesundheitscheck unterziehen, 100 Euro für Sportkurse, den Skikurs, eine neue Snowboard-Ausrüstung oder Ähnliches überwiesen bekommen. Sie müssen die Bestätigung des Arztes gemeinsam mit der Rechnung für die Sportaktivitäten

einreichen. Der Gesundheitscheck besteht aus einer kostenlosen Vorsorgeuntersuchung und einem Coachinggespräch. Der Gesundheitshunderter kann einmal jährlich eingelöst werden, er ist aber stets an diese Untersuchung gekoppelt.

Nach einem Pilotprojekt in Wien sei das Projekt mit 1. Oktober österreichweit gestartet, sagte SVA-Obmann-Stellvertreter Alexander Herzog am Mittwoch bei dessen Präsentation. Die Uni Linz evaluiere das Projekt, das europaweit einzigartig sei. Ziel sei, mindestens zehn Prozent der Kinder der 860.000 Versicherten zu erreichen. Die SVA, die anfangs unter anderem mit dem Familienministerium in das Projekt investiere, verspreche sich freilich davon, „dass es sich langfristig auszahlt“, so Herzog. Die Ärztekammer sei Kooperationspartner.

Für Erwachsene bietet die SVA neben dem Gesundheitshunderter seit etwas mehr als drei Jahren die Vorsorgeinitiative „Selbständig Ge-

sund“ an, deren Teilnahmequote laut Herzog ebenfalls bei rund zehn Prozent liegt. Dabei können mit dem Arzt Gesundheitsziele festgelegt werden, die innerhalb von sechs Monaten erfüllt werden sollen. Bei Zielerreichung spart man sich den halben Selbstbehalt.

### Schularzt führt keine Vorsorgeuntersuchung durch

Erwachsene scheinen ein zunehmendes Bewusstsein für Vorsorgeuntersuchungen zu entwickeln. Diese wurden 1974 flächendeckend eingeführt. Heute nehmen sie laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger rund 1,1 Millionen Erwachsene jährlich in Anspruch. 2005 waren es 895.528 Menschen.

Von den Kindern und Jugendlichen sei es nach Schuleintritt nur noch ein Bruchteil, sagt Klaus Vavrik, Präsident der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit, zur „Wiener Zeitung“. Um diese Quote zu erhöhen, müsse man dort ansetzen, wo

die Kinder viel Zeit verbringen: in den Schulen und bei den Schulärzten. Das sei aber nicht so einfach.

Schulärzte fallen einerseits in das Bildungs- und nicht Gesundheitswesen und dürfen nicht heilend eingreifen. Bei einer Untersuchung handelt es sich daher nicht um eine umfassende Vorsorgeuntersuchung. Sie soll sicherstellen, dass das Kind am Unterricht teilnehmen kann. Bei pathologischen Befunden werden die Eltern informiert.

Allein das wäre schon ein Schritt in Richtung Gesundheitsvorsorge. In der Praxis eröffnen sich laut Vavrik aber weitere Probleme. Denn Schulärzte seien aufgrund der Einteilung in Bundes- und Landesschulen unterschiedlich organisiert, wodurch das System schwer überschaubar werde. Zudem komme es zwischen Schulärzten und etwa Sozialarbeitern, die ebenfalls auf Probleme bei Schülern aufmerksam werden, selten zu Austausch und

Zusammenarbeit. „An den Schulen müssten sich interdisziplinäre Teams bilden“, sagt Vavrik, „dann könnte man den Präventionsgedanken besser in die Praxis umsetzen.“ Hilfreich wäre auch, wenn man auf diese Weise Daten über Krankheiten bei Kindern sammeln könnte – unter anderem, um festzustellen, ob das Angebot den Bedarf überhaupt deckt.

Österreich widmet sich seit 2011 intensiv diesem Thema. Damals hat das Gesundheitsministerium gemeinsam mit Experten die Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie erarbeitet. Eine Facharbeitsgruppe unter anderem aus Ministerien, Sozialversicherungen und der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit soll diese Strategie vorantreiben und regelmäßig Maßnahmen wie die Nichtraucherkampagne Yolo an Schulen erarbeiten. Die Wiener Gebietskrankenkasse bietet ebenfalls kostenlose Projekte an, etwa Ernährungsworkshops an Schulen. ■